



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
- L 21 -

Kiel, 11. Juni 2009
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
Fax (0431) 988 1156

K u r z b e r i c h t

über die 98. Sitzung des Wirtschaftsausschusses

*am Mittwoch, 10. Juni 2009,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 10:00 Uhr

Der Ausschuss befasste sich zunächst mit dem Antrag der Fraktion der FDP betr. **Durchgehende AKN-Anbindung des Kreises Segeberg an den Hamburger Hauptbahnhof**, Drucksache 16/2636, und hörte hierzu Vertreter der AKN, der DB AG, der Kreise Segeberg und Pinneberg sowie den Landesvorsitzenden von PRO BAHN. Die Beratungen werden zu gegebener Zeit fortgesetzt werden.

Den Bericht der Landesregierung zum **Landesweiten Nahverkehrsplan für Schleswig-Holstein 2008 bis 2012**, Drucksache 16/2449, nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. **Keine Landesmittel für den Ausbau von Lübeck-Blankensee**, Drucksache 16/2629, wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Landtag zur Ablehnung empfohlen.

Den Bericht der Landesregierung über die **Tätigkeit der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein 2007**, Drucksache 16/2472, nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Informationen zur **Umsetzung des Konjunkturpakets II** im Zuständigkeitsbereich des MBF sowie in den Kommunen Schleswig-Holsteins standen sodann im Mittelpunkt der Ausschussberatung. Die Ausschussmitglieder werden sich im Herbst noch einmal zum Stand der Umsetzung des Konjunkturpakets II durch die GMSH und die Landesregierung berichten lassen.

Der Antrag der Fraktion der FDP betr. **Investitionserleichterungsprogramm zur Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/2634, wurde dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme des Vertreters der FDP zur Ablehnung empfohlen.

Zum Antrag der Abgeordneten des SSW betr. **Kein CO₂-Endlager in Nordfriesland**, Drucksache 16/2647, möchte der federführende Wirtschaftsausschuss zusammen mit dem

Umwelt- und Agrarausschuss eine Anhörung durchführen. Als Termin für diese Anhörung wurde der 1. Juli 2009 festgelegt. Die Fraktionen werden ihre Vorschläge zum Teilnehmerkreis dieser Anhörung bis Montag, 15. Juni 2009, der Ausschussgeschäftsleitung mitteilen.

Seine Beratungen über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. **Umfassende verbindliche Mindestlohnregelung**, Drucksache 16/1565, setzte der Ausschuss fort. Der von der SPD gestellte Antrag auf Vertagung der weiteren Beratung der Vorlage wurde mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Mehrheit angenommen.

Im Herbst wird der Ausschuss einer Einladung der Stadtwerke Flensburg Folge leisten und in dem Zusammenhang auch weitere regionalpolitisch relevante Themenbereiche behandeln.

Schluss: 12:50 Uhr

gez. Neil